

**PRÜFUNGS- UND STUDIENORDNUNG FÜR DIE MASTERSTUDIENGÄNGE  
BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE, VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, WIRTSCHAFTSIN-  
FORMATIK UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT  
AN DER UNIVERSITÄT REGENSBURG**

**VOM 30. SEPTEMBER 2021**

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 5 Satz 2, Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Regensburg folgende Prüfungs- und Studienordnung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

Die in dieser Ordnung verwendeten Amts-, Personen- und Funktionsbezeichnungen schließen alle Geschlechter (männlich, weiblich, divers) ein. Dies gilt auch, wenn nur die weibliche und männliche Form angesprochen wird.

**Inhaltsübersicht**

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich, Zweck der Prüfung, Akademischer Grad
- § 2 Studienbeginn, Regelstudienzeit, Gliederung des Studiums
- § 3 Qualifikation, Immatrikulation
- § 4 Eignungsverfahren für den Zugang zu den Masterstudiengängen
- § 5 Studienberatung
- § 6 Leistungspunktesystem und Punktekonto
- § 7 Lehrveranstaltungen, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Module und Modulgruppen
- § 9 Prüfungsausschuss
- § 10 Prüfende und Beisitzende
- § 11 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht
- § 12 Anrechnung von Kompetenzen
- § 13 Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen
- § 14 Besondere Belange Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

II. Spezielle Prüfungsvorschriften

- § 15 Bestandteile der Masterprüfung
- § 16 Form und Verfahren von Masterprüfung und Modulprüfungen, Anwendungsbereich
- § 17 Prüfungstermine, Anmeldung zu Modulprüfungen
- § 18 Schriftliche Modulprüfungen
- § 19 Mündliche Modulprüfungen
- § 20 Masterarbeit
- § 21 Anmeldung zur Masterarbeit
- § 22 Prüfungsfristen
- § 23 Bewertung von Prüfungsleistungen, Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
- § 24 Wiederholbarkeit von Modulprüfungen, Masterarbeit und Seminaren
- § 25 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 26 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 27 Bestehen der Masterprüfung, Gesamtnote
- § 28 Zeugnis, Masterurkunde, Diploma Supplement
- § 29 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 30 Einsicht in die Prüfungsunterlagen
- § 31 Entzug des Grades

## **I. Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1**

#### **Geltungsbereich, Zweck der Prüfung, Akademischer Grad**

- (1) <sup>1</sup>Die Universität Regensburg bietet an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften die Masterstudiengänge Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik und Immobilienwirtschaft an. <sup>2</sup>Die vorliegende Prüfungs- und Studienordnung regelt den Erwerb von Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Verleihung der akademischen Grade in diesen Masterstudiengängen.
- (2) <sup>1</sup>Die studienbegleitend abzulegende Masterprüfung bildet einen weiterführenden berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. <sup>2</sup>Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob der oder die Studierende sich die vertieften Fachkenntnisse der von ihm oder ihr gewählten Module des Masterstudiums angeeignet hat. <sup>3</sup>Die Masterprüfung soll sicherstellen, dass der oder die Studierende selbständig nach wissenschaftlichen Methoden arbeiten kann und die für einen Übergang in die Berufspraxis oder ein anschließendes Promotionsstudium notwendigen Fachkenntnisse und Fertigkeiten erworben hat. <sup>4</sup>Die Ziele der jeweiligen Studiengänge sind im Modulkatalog beschrieben.
- (3) Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Universität Regensburg den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“).

### **§ 2**

#### **Studienbeginn, Regelstudienzeit, Gliederung des Studiums**

- (1) Das Masterstudium kann im Sommer- und Wintersemester aufgenommen werden.
- (2) Die Regelstudienzeit beträgt für alle Masterstudiengänge vier Semester.
- (3) <sup>1</sup>Der Studiengang ist modular aufgebaut. <sup>2</sup>Das Masterstudium umfasst das Absolvieren der vorgesehenen Module sowie weiterer Leistungen gemäß § 15.
- (4) Zum erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums sind 120 ECTS-Leistungspunkte (LP) erforderlich.
- (5) Es wird empfohlen, im Rahmen des Masterstudiums einen Auslandsaufenthalt durchzuführen.

### **§ 3**

#### **Qualifikation, Immatrikulation**

- (1) <sup>1</sup>Voraussetzungen für die Aufnahme in einen der Masterstudiengänge sind:
  1. a) der Nachweis eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses oder eines gleichwertigen Abschlusses mit mindestens sechs Semestern Regelstudienzeit oder vergleichbarem Studiumumfang;

- b) der Nachweis über Kenntnisse des Englischen auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER);
- c) der Nachweis der studiengangspezifischen Eignung; dieser Nachweis wird durch ein erfolgreich durchlaufenes Eignungsverfahren gemäß § 4 erbracht.

<sup>2</sup>Bei ausländischen Studienabschlüssen erfolgt die Notenumrechnung nach der modifizierten bayerischen Formel.

2. Bei Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, ist ein Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse zu erbringen, in Form der Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) mit einem Gesamtergebnis von mindestens DSH-2 oder einem gleichwertigen Sprachnachweis.
3. <sup>1</sup>Die Aufnahme des Masterstudiums erfordert einen Antrag. <sup>2</sup>Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
  - Nachweis bzw. Zeugnis über den erlangten Abschluss gemäß Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) mit vollständiger Übersicht der erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen,
  - detaillierter tabellarischer Lebenslauf mit Nachweisen über absolvierte Praktika sowie bereits erworbene Berufspraxis,
  - Angaben über bisherige Bewerbungen zum Masterstudium an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Regensburg.
- (2) <sup>1</sup>Die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 obliegt dem Prüfungsausschuss. <sup>2</sup>§12 Abs. 3 findet Anwendung.
- (3) <sup>1</sup>Kann zum Bewerbungszeitpunkt das Abschlusszeugnis noch nicht vorgelegt werden, so kann der Nachweis über die Qualifikation gemäß Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) hilfsweise durch einen aktuellen beglaubigten Nachweis über die bisherigen Studien- und Prüfungsleistungen aus dem Studiengang im Umfang von mindestens 150 LP erbracht werden; dieser Nachweis muss die sich aus den bisherigen Leistungen ergebende vorläufige Prüfungsgesamtnote ausweisen. <sup>2</sup>Die endgültige Einschreibung erfolgt mit der Vorlage des Abschlusszeugnisses. <sup>3</sup>Das Abschlusszeugnis ist spätestens bis zum Ende des ersten Semesters vorzulegen.
- (4) <sup>1</sup>Anträge auf Zulassung zu den Masterstudiengängen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und zum Eignungsverfahren sind für das Sommersemester bis zum 01. Dezember und für das Wintersemester bis zum 01. Juni (Ausschlussfristen) an das Dekanat für Wirtschaftswissenschaften zu stellen. <sup>2</sup>Kann zum Zeitpunkt der Immatrikulation das Abschlusszeugnis nicht vorgelegt werden, erfolgt die Immatrikulation vorläufig unter der auflösenden Bedingung der Vorlage des Abschlusszeugnisses, mit den in § 4 aufgeführten entsprechenden Noten, bis spätestens zum Ende des ersten Semesters.
- (5) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt für jeden Masterstudiengang eine Auswahlkommission, die aus wenigstens zwei Professoren oder Professorinnen besteht. <sup>2</sup>Die Auswahlkommission prüft auf Grundlage der Bewerbungsunterlagen das Vorliegen der Zugangsvoraussetzungen gemäß Abs. 1. <sup>3</sup>Bei der Entscheidung über die Gleichwertigkeit von Abschlüssen nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und den zu erfüllenden Einzelkomponenten gemäß § 4 Abs. 2 bis Abs. 6 ist Art. 63 BayHSchG zu beachten.
- (6) <sup>1</sup>Der Bewerber oder die Bewerberin erhält über das Ergebnis der Prüfung der Zugangsvoraussetzungen einen schriftlichen Bescheid. <sup>2</sup>Ablehnende Entscheidungen sind mit einer Begründung und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>3</sup>Abgelehnte Bewerber und Bewerberinnen können sich ein zweites Mal bewerben. <sup>4</sup>Eine weitere Bewerbung ist nicht möglich.

- (7) <sup>1</sup>Bewerbern oder Bewerberinnen, die denselben oder einen verwandten Studiengang endgültig nicht bestanden haben, wird der Zugang zum jeweiligen Studiengang versagt. <sup>2</sup>Verwandtschaft wird hergestellt, wenn die nachfolgend bezeichneten Inhalte des Zielstudienganges mit den Inhalten des endgültig nicht bestandenen Studienganges im Wesentlichen vergleichbar sind:
- Für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre: wenn mindestens 60 LP des fremden Studienganges äquivalent zu den Modulen aus den Schwerpunktmodulgruppen im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre gemäß § 15 Abs. 2 sind.
  - Für den Studiengang Volkswirtschaftslehre: wenn im fremden Studiengang Module im Umfang von 60 LP in Modulen erbracht werden können, die den jeweiligen Schwerpunktmodulgruppen und 30 LP in der Pflichtmodulgruppe nach § 15 Abs. 3 zuzurechnen sind.
  - Für den Studiengang Wirtschaftsinformatik: wenn mindestens 60 LP des fremden Studienganges äquivalent zu den Modulen aus den Schwerpunktmodulgruppen im Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik gemäß § 15 Abs. 4 sind.
  - Für den Studiengang Immobilienwirtschaft: wenn mindestens 60 ECTS des fremden Studienganges äquivalent zu den Modulen aus den Schwerpunktmodulgruppen im Masterstudiengang Immobilienwirtschaft gemäß § 15 Abs. 5 sind.
- <sup>3</sup>Die Feststellung, ob in diesem Sinne Verwandtschaft besteht, trifft der Prüfungsausschuss.

#### **§ 4**

#### **Eignungsverfahren für den Zugang zu den Masterstudiengängen**

- (1) <sup>1</sup>Das Eignungsverfahren dient der Feststellung, ob der Bewerber oder die Bewerberin neben den mittels des ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses nachgewiesenen Kenntnissen und Fähigkeiten auch über die notwendigen Voraussetzungen verfügt, um vertieftes Wissen auf dem Gebiet des jeweiligen Masterstudienganges zu erwerben und die Befähigung zu selbstständigem wissenschaftlichen Arbeiten gemäß § 1 Abs. 2 Sätze 2 und 3 zu erlangen. <sup>2</sup>Über das Vorliegen der studiengangspezifischen Eignung für die Masterstudiengänge entscheidet die Auswahlkommission aus § 3 Abs. 5 auf Grundlage der Bewerbungsunterlagen. <sup>3</sup>Das Urteil der Kommissionsmitglieder lautet „geeignet“ oder „nicht geeignet“. <sup>4</sup>Das Eignungsverfahren ist erfolgreich durchlaufen, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Auswahlkommission den Bewerber oder die Bewerberin für „geeignet“ hält; bei Stimmgleichheit bestellt der Prüfungsausschuss ein weiteres Mitglied in die Auswahlkommission. <sup>5</sup>Die Bewertung der vorgelegten Unterlagen erfolgt nach den Bewertungskriterien, die in Abs. 2 bis 5 aufgeführt sind. <sup>6</sup>Die Auswahlkommission entscheidet, ob der Bewerber oder die Bewerberin einen Abschluss in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang oder einem fachlich bzw. methodisch nahe stehenden Studiengang abgelegt hat und wählt die anzuwendenden Maßstäbe anhand der bei den nachfolgenden Kriterien (Abs. 2 bis 5) festgelegten Voraussetzungen aus.
- (2) <sup>1</sup>Für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre ist geeignet, wer eines der folgenden zwei Kriterien erfüllt:
1. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Kenntnisse in Volkswirtschaftslehre: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in volkswirtschaftlichen Fächern im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP nachweisen.
    - Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann fachspezifisches Wissen gemäß Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 nachweisen.
  2. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote zwischen 2,51 und 2,80 abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen im

Umfang von in der Summe mindestens 12 LP in Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler und in Statistik nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote dieser Leistungen ist 2,50 oder besser.

- Kenntnisse in Volkswirtschaftslehre: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in volkswirtschaftlichen Fächern im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP nachweisen.
- Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann fachspezifisches Wissen gemäß Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote dieser Leistungen ist 2,50 oder besser.

<sup>2</sup>Auswahlgespräche werden nicht durchgeführt.

(3) Für den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre ist geeignet, wer eines der folgenden drei Kriterien erfüllt:

1. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
  - Grundkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in Mikroökonomik und in Makroökonomik im Umfang von in der Summe mindestens 20 LP nachweisen.
  - Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann weitere Studienleistungen aus dem Bereich Volkswirtschaftslehre im Umfang von mindestens 20 LP nachweisen.
  - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studien- und Prüfungsleistungen in Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler und in Statistik und in Ökonometrie im Umfang von mindestens 15 LP nachweisen.
2. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote zwischen 2,51 und 3,00 abgelegt, erfüllt die drei in Nr. 1 genannten Kriterien (Grundkenntnisse, vertiefte Kenntnisse, Methodenkenntnisse) und kann in mindestens einem dieser drei Bereiche eine gewichtete Durchschnittsnote der hierfür relevanten Leistungen von 2,50 oder besser nachweisen.
3. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem dem Studiengang Volkswirtschaftslehre methodisch nahestehenden Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
  - Grundkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in Mikroökonomik und in Makroökonomik im Umfang von in der Summe mindestens 20 LP nachweisen.
  - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über gute bis sehr gute Methodenkompetenz, nachgewiesen durch Studienleistungen im Umfang von mindestens 30 LP mit einer gewichteten Durchschnittsnote von 2,00 oder besser in methodisch geprägten Studienfächern (z.B. Mathematik oder Statistik).
  - Weitere für den Studiengang einschlägige Vorkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über ein ausgeprägtes Interesse an wirtschaftlichen Sachverhalten, nachgewiesen durch ein einschlägiges, mindestens sechswöchiges Praktikum oder mindestens eine weitere erfolgreich abgeschlossene Studienleistung im Umfang von mindestens 5 LP aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre.

(4) Für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik ist geeignet, wer eines der folgenden drei Kriterien erfüllt:

1. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang oder Informatik-Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt das nachfolgende Kriterium:
  - Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann fachspezifisches Wissen gemäß Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote der hierfür relevanten Leistungen ist 2,50 oder besser.

2. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang oder Informatik-Studiengang mit einer Abschlussnote zwischen 2,51 und 2,80 abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP in Mathematik und in Statistik nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote der zugehörigen Leistungen ist 2,50 oder besser.
    - Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann fachspezifisches Wissen gemäß Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote der hierfür relevanten Studienleistungen ist 2,50 oder besser.
  3. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) nicht in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang oder Informatik-Studiengang, sondern einem anderen dem Studiengang Wirtschaftsinformatik fachlich oder methodisch nahestehenden Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Grundkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen im Umfang von in der Summe mindestens 30 LP nachweisen, in denen Grundlagen der Informatik oder Wirtschaftsinformatik vermittelt werden.
    - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über gute bis sehr gute Methodenkompetenz, nachgewiesen durch Studienleistungen mit einer gewichteten Durchschnittsnote von 2,00 oder besser in methodisch geprägten Lehrveranstaltungen bzw. Modulen (z.B. Softwareentwicklung, Mathematik oder Statistik) im Umfang von mindestens 30 LP.
    - Vertiefte Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann fachspezifisches Wissen gemäß Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 nachweisen und die gewichtete Durchschnittsnote der hierfür relevanten Leistungen ist 2,50 oder besser.
    - Weitere für den Studiengang einschlägige Vorkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über ein ausgeprägtes Interesse am Fachgebiet Wirtschaftsinformatik, nachgewiesen durch mindestens ein einschlägiges Praktikum über einen Zeitraum von mindestens sechs Wochen oder mindestens eine weitere erfolgreich abgeschlossene Studienleistung im Umfang von mindestens 5 LP aus dem Bereich der Wirtschaftsinformatik.
- (5) Für den Masterstudiengang Immobilienwirtschaft ist geeignet, wer eines der folgenden drei Kriterien erfüllt:
1. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem Immobilienwirtschaft-Studiengang oder einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Volkswirtschaftliche Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in volkswirtschaftlichen Fächern im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP nachweisen.
    - Methodenkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann Studienleistungen in Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler und in Statistik im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP nachweisen.
  2. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) in einem Immobilienwirtschaft-Studiengang oder einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit einer Abschlussnote zwischen 2,51 und 3,00 abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
    - Der Bewerber oder die Bewerberin kann volkswirtschaftliche Kenntnisse und Methodenkenntnisse gemäß Nr. 1 nachweisen und hat in mindestens einem der beiden Bereiche eine gewichtete Durchschnittsnote von 2,50 oder besser.
    - Weitere für den Studiengang einschlägige Vorkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über ein ausgeprägtes Interesse am Fachgebiet Immobilienwirtschaft, nachgewiesen durch ein einschlägiges, mindestens

sechswöchiges Praktikum oder mindestens eine erfolgreich bestandene Studienleistung im Umfang von mindestens 5 LP aus dem Bereich der Immobilienwirtschaft.

3. Der Bewerber oder die Bewerberin hat den Abschluss nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 in einem dem Immobilienwirtschaft-Studiengang oder einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang fachlich oder methodisch nahestehenden Studiengang mit einer Abschlussnote von 2,50 oder besser abgelegt und erfüllt alle nachfolgenden Kriterien:
  - Methoden- und volkswirtschaftliche Kenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin kann volkswirtschaftliche Kompetenz und Methodenkompetenz gemäß Nr. 1 nachweisen und hat in mindestens einem der beiden Bereiche eine gewichtete Durchschnittsnote von 2,00 oder besser. Diese sind nachzuweisen in volkswirtschaftlich (z.B. Mikro- und Makroökonomik) beziehungsweise methodisch geprägten Modulen (z.B. Mathematik und Statistik).
  - Weitere für den Studiengang einschlägige Vorkenntnisse: Der Bewerber oder die Bewerberin verfügt über ein ausgeprägtes Interesse am Fachgebiet Immobilienwirtschaft, nachgewiesen durch ein einschlägiges, mindestens sechswöchiges Praktikum oder mindestens eine erfolgreich bestandene Studienleistung im Umfang von mindestens 5 LP aus dem Bereich der Immobilienwirtschaft.
  
- (6) <sup>1</sup>Der in den Abs. 2 und 4 geforderte Nachweis vertiefter Kenntnisse wird wie folgt erbracht:
  1. im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre durch Studienleistungen im Umfang von in der Summe mindestens 18 LP, mit denen die zu erwerbenden Kompetenzen in genau einer der Modulgruppen
    - Wertschöpfungsmanagement (Value Chain Management),
    - Finanzmanagement und -berichterstattung (Financial Reporting and Management)gemäß § 15 Abs. 2 Bachelorprüfungsordnung der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Regensburg (Bachelorprüfungsordnung) nachgewiesen werden,
  2. im Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik durch Studienleistungen im Umfang von in der Summe mindestens 12 LP, mit denen zu erwerbende Kompetenzen in der Modulgruppe Internet Business und IT Security gemäß § 15 Abs. 4 Bachelorprüfungsordnung nachgewiesen werden; kann dieser Nachweis zum Bewerbungszeitpunkt nicht erbracht werden, muss der Nachweis der entsprechenden Qualifikation bis spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums vorgelegt werden; § 3 Absatz 3 Satz 3 bleibt unberührt.<sup>2</sup>Praktika und Seminare können nicht zum Nachweis des fachspezifischen Wissens herangezogen werden.
  
- (7) <sup>1</sup>Bei der Bildung von Durchschnittsnoten werden jeweils alle Studienleistungen, die der betreffenden Modulgruppe zuzuordnen sind, einbezogen. <sup>2</sup>Erfolgt die Beurteilung der Bewerbung gemäß § 4 Abs. 3, beziehen sich die geforderten Durchschnittsnote auf das gewichtete Mittel der zum Zeitpunkt der Bewerbung abgelegten Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>§ 12 findet entsprechende Anwendung.
  
- (8) <sup>1</sup>Geht nach Auffassung der Auswahlkommission aus den vorgelegten Unterlagen die Eignung oder Nicht-Eignung des Bewerbers oder der Bewerberin für einen in Abs. 3 bis 5 genannten Masterstudiengang nicht eindeutig hervor, wird der Bewerber oder die Bewerberin von der Auswahlkommission zu einem Auswahlgespräch eingeladen. <sup>2</sup>Das Auswahlgespräch dauert zehn bis 20 Minuten und wird von den für den jeweiligen Masterstudiengang zuständigen Professoren und Professorinnen aus der Auswahlkommission gemäß § 3 Abs. 5 geführt. <sup>3</sup>Im Gespräch wird die Auffassungsgabe des Bewerbers oder der Bewerberin untersucht, insbesondere wird überprüft, ob der Bewerber oder die Bewerberin über die Fähigkeit verfügt, erlernte Methoden und erworbenes Wissen bei der Einordnung und Bewertung wirtschaftlicher Sachverhalte sowie bei der Beantwortung konkreter fachlicher Fragestellungen einzusetzen. <sup>4</sup>Über den Verlauf des Auswahlgesprächs wird ein stichpunktartiges Protokoll angefertigt, aus dem der Tag, der Ort und die Dauer des Auswahlgesprächs, die Namen der Prüfer und Prüferinnen, des

Bewerbers oder der Bewerberin sowie die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Bewertung hervorgehen.

## **§ 5 Studienberatung**

<sup>1</sup>Den Studierenden wird sowohl eine zentrale Studienberatung als auch eine Fachstudienberatung angeboten. <sup>2</sup>Den Studierenden wird empfohlen, die

- zentrale Studienberatung insbesondere
  - o vor Aufnahme des Studiums,
  - o im Fall von Studienfach- oder Hochschulwechsel,
- die Fachstudienberatung insbesondere
  - o in allen Fragen der Studienplanung (u.a. Auslandsaufenthalt, Urlaubssemester, Praktikum),
  - o bei Fragen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen,
  - o nach nicht bestandenen Prüfungen,

beziehungsweise die Beratung des International Office insbesondere vor einem Studienaufenthalt im Ausland in Anspruch zu nehmen.

## **§ 6 Leistungspunktesystem und Punktekonto**

- (1) <sup>1</sup>Die im Rahmen dieses Masterstudiengangs vergebenen Leistungspunkte bemessen die für das erfolgreiche Ablegen eines Moduls erforderliche Arbeitslast. <sup>2</sup>Sie werden auf Grundlage des European Credit Transfer Systems (ECTS) vergeben; danach entspricht ein Leistungspunkt (LP) einer Arbeitsbelastung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis maximal 30 Stunden. <sup>3</sup>Um die Regelstudienzeit gemäß § 2 Abs. 2 einhalten zu können, wird Studierenden der Erwerb von durchschnittlich 30 LP pro Semester empfohlen.
- (2) <sup>1</sup>Leistungspunkte werden vorbehaltlich der in § 8 Abs. 2 vorgesehenen Regelungen für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls sowie das Anfertigen der Masterarbeit vergeben. <sup>2</sup>Sie können innerhalb des gewählten Studiengangs nur einmal angerechnet werden.
- (3) <sup>1</sup>Für alle Studierenden wird vom Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften ein Leistungspunktekonto über sämtliche Module einschließlich der zu ihrem erfolgreichen Abschluss abgelegten Studien- und Prüfungsleistungen geführt. <sup>2</sup>Der oder die Studierende kann über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität jederzeit Einblick in den Stand seines oder ihres Kontos nehmen und sich auf begründeten Antrag beim Prüfungssekretariat die gewichtete Durchschnittsnote ausweisen lassen. <sup>3</sup>Bei Abbruch oder endgültigem Nichtbestehen des Studiums erhält der oder die Studierende auf Antrag einen Auszug seines oder ihres Kontos als Studiennachweis; dieser enthält die erreichten Leistungspunkte sowie die erfolgreich absolvierten Module, gegebenenfalls mit deren Noten, und lässt erkennen, ob noch ein Prüfungsanspruch besteht.

## § 7

### Lehrveranstaltungen, Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) <sup>1</sup>Für die Vermittlung der Ziele und Inhalte des Studiums sind folgende Lehrveranstaltungsformen vorgesehen: Vorlesungen, Übungen, Seminare, Projektseminare, Praktika und Exkursionen. <sup>2</sup>Alle Lehrveranstaltungen sind Modulen (§ 8) zugeordnet. <sup>3</sup>Die Zuordnung ergibt sich aus dem Modulkatalog (§ 8 Abs. 5).
- (2) <sup>1</sup>Studienleistungen im Sinne dieser Ordnung sind Aufgaben, die in der Regel im Rahmen von Lehrveranstaltungen zu erbringen sind; sie können nach näherer Maßgabe von § 16 Abs. 4 auch als Zulassungsvoraussetzung zu einer Modulprüfung festgelegt werden, nicht aber Teil der Modulprüfung sein. <sup>2</sup>Die Studienleistungen unterliegen nicht den Bestimmungen über Prüfungen gemäß Abschnitt II dieser Ordnung und sind bei Nichtbestehen beliebig oft wiederholbar.  
<sup>3</sup>Studienleistungen können insbesondere sein
- Fallstudienarbeiten während des Semesters,
  - Programmierarbeiten,
  - Präsentationen,
  - Aufsätze,
  - inhaltliche Diskussionsbeiträge während des Semesters,
  - Leistungskontrollen in schriftlicher, mündlicher, elektronischer beziehungsweise beleglergestützter Form,
  - Übungsaufgaben.
- <sup>4</sup>Studienleistungen können auch in Form von Gruppenarbeiten abverlangt werden.
- (3) <sup>1</sup>Prüfungen bzw. Prüfungsleistungen im Sinne dieser Ordnung sind Modulprüfungen und die Masterarbeit. <sup>2</sup>Modulprüfungen können in mehreren Teilprüfungen abgehalten werden. <sup>3</sup>Art und Umfang von Studien- und Prüfungsleistungen sind im Modulkatalog geregelt.

## § 8

### Module und Modulgruppen

- (1) <sup>1</sup>Ein Modul ist eine mit Leistungspunkten versehene, abprüfbare Einheit, die Stoffgebiete thematisch auf einer bestimmten Niveaustufe zusammenschließt. <sup>2</sup>Es soll in der Regel einen Umfang von mindestens fünf LP aufweisen und kann sich über maximal zwei Semester erstrecken. <sup>3</sup>Module können benotet oder unbenotet sein, benotete Module fließen nach Maßgabe von § 27 in die Gesamtnote der Masterprüfung ein. <sup>4</sup>Grundsätzlich bestehen Module aus mindestens zwei Lehrveranstaltungen, z.B. einer Vorlesung und einer Übung, Ausnahmen sind möglich (z. B. die in Abs. 6 genannten Formen). <sup>5</sup>Module werden zu thematisch übergreifenden Modulgruppen zusammengefasst.
- (2) <sup>1</sup>Für jedes Modul werden die zu vermittelnden Inhalte, die zu erwerbenden Kompetenzen gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 sowie die Voraussetzungen für die Vergabe der dem Modul pauschal zugeordneten Leistungspunkte festgelegt. <sup>2</sup>Für jede Modulgruppe werden modulübergreifend zu erwerbende Kompetenzen festgelegt. <sup>3</sup>Die Vergabe der für ein Modul festgesetzten Leistungspunkte erfolgt nach dem erfolgreichen Ablegen der Modulprüfung oder nach dem erfolgreichen Abschluss der Modulgruppe, der das Modul zugeordnet ist. <sup>4</sup>Zur Feststellung des erfolgreichen Abschlusses einer Modulgruppe wird der mit Leistungspunkten gewichtete Durchschnitt der Modulprüfungsnoten gebildet. <sup>5</sup>Eine Modulgruppe ist erfolgreich abgeschlossen, wenn kein Modul mit 5,0 und höchstens ein Modul mit 4,3 oder 4,7 bewertet wurde und die ermittelte gewichtete Durchschnittsnote der Modulgruppe höchstens 4,0 ergibt. <sup>6</sup>Eine Modulgruppe kann nicht mehr erfolgreich abgeschlossen werden, wenn nach Ausschöpfen der Wiederholungsmöglichkeiten in einem zugeordneten Modul eine 5,0 oder in mehr als einem der

Module eine Note von jeweils 4,3 oder schlechter erreicht wurde oder wenn die nach Satz 5 zum erfolgreichen Abschluss erforderliche Durchschnittsnote nicht mehr erreichbar ist. <sup>7</sup>Mit erfolgreichem Abschluss einer Modulgruppe werden dem oder der Studierenden die Leistungspunkte aller in der Modulgruppe absolvierten Module gutgeschrieben. <sup>8</sup>Die Ausgleichsregelung nach Satz 5 findet in der Forschungsmodulgruppe keine Anwendung.

- (3) <sup>1</sup>Für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls soll in der Regel nur eine Prüfungsleistung im Sinne von § 7 Abs. 3 erforderlich sein. <sup>2</sup>In fachlich begründeten Fällen dürfen bis zu drei Teilprüfungen pro Modul im Modulkatalog verbindlich vorgesehen werden.
- (4) <sup>1</sup>Das Studium umfasst Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule und ggf. weitere Leistungen gemäß § 15. <sup>2</sup>Pflichtmodule werden regelmäßig, mindestens einmal im Studienjahr angeboten und müssen unter Berücksichtigung von Abs. 2 Satz 3 abgelegt werden. <sup>3</sup>Aus dem Angebot der Wahlpflichtmodule einer belegten Modulgruppe können die Studierenden auswählen. <sup>4</sup>Ein Anspruch darauf, dass ein Wahlmodul bei nicht ausreichender Anzahl von Studierenden durchgeführt wird, besteht nicht. <sup>5</sup>Gleiches gilt, wenn der Universität Regensburg kein geeigneter Dozent zur Verfügung steht. <sup>6</sup>Die Studierbarkeit des Studienganges oder des angebotenen Schwerpunktes muss jedoch gewährleistet sein.
- (5) <sup>1</sup>Den Studierenden werden in einem Modulkatalog die Modulgruppen, die Module, die den einzelnen Modulen zugeordneten Veranstaltungen, die zu vermittelnden Inhalte und die zu erwerbenden Kompetenzen, die konkreten Voraussetzungen für die Vergabe der dem Modul zugeordneten Leistungspunkte, die modulspezifischen Bewertungsregeln sowie gegebenenfalls die empfohlenen beziehungsweise verpflichtenden Vorkenntnisse für die Teilnahme an einem Modul mitgeteilt. <sup>2</sup>Eine englische Kurzfassung des Modulkataloges wird zusätzlich angeboten. <sup>3</sup>Der Modulkatalog legt weiterhin Einschränkungen der Veranstaltungswahl in den Wahlmodulgruppen fest. <sup>4</sup>Der Modulkatalog wird vom Fakultätsrat der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften verabschiedet; er kann jeweils frühestens nach Ablauf von zwei Semestern geändert werden. <sup>5</sup>Die Bekanntmachung des Modulkatalogs erfolgt spätestens eine Woche vor Semesterbeginn auf der Internetseite der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften.
- (6) Seminare und Projektseminare sind Module, die zeigen sollen, dass der oder die Studierende in der Lage ist, ein eng abgegrenztes Gebiet aus dem Fachgebiet seines oder ihres Studienganges innerhalb einer vorgegebenen Frist nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse verständlich zu präsentieren.
- (7) Vorlesungen, Übungen, Seminare und Projektseminare, die für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums belegt werden müssen, sind in deutscher oder englischer Sprache anzubieten.

## **§ 9 Prüfungsausschuss**

- (1) <sup>1</sup>Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen, die Bestellung der Prüfer oder Prüferinnen sowie die Entscheidung in Prüfungssachen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern, davon je ein Mitglied der Institute für Betriebswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik und Immobilienwirtschaft. <sup>3</sup>Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. <sup>4</sup>Eine Wiederbestellung ist möglich. <sup>5</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat gewählt. <sup>6</sup>Zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses können nur Professoren oder Professorinnen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Bayerisches Hochschulpersonalgesetz (BayHSchPG) gewählt werden.

- (2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss benennt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und eine Stellvertretung. <sup>2</sup>Der oder die Vorsitzende, im Verhinderungsfall die Stellvertretung, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. <sup>3</sup>Er oder sie führt die laufenden organisatorischen Geschäfte und beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss kann seine Befugnisse hinsichtlich der Regelaufgaben gemäß Abs. 1 (Hilfsmittelbekanntmachungen, Bearbeitung von prüfungsrechtlichen Anträgen wie Fristverlängerungen, Prüfungsrücktritte generell oder in einzelnen Fällen) auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen. <sup>6</sup>Der oder die Vorsitzende ist zudem befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen und Maßnahmen allein zu treffen; davon unterrichtet er oder sie den Prüfungsausschuss unverzüglich. <sup>7</sup>Der Prüfungsausschuss kann über Satz 5 hinaus dem oder der Vorsitzenden, der Stellvertretung oder dem Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften die Erledigung weiterer Aufgaben übertragen. <sup>8</sup>Die Aufgabenübertragungen sind jederzeit widerruflich.
- (3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit anwesend und stimmbererechtigt ist; er beschließt mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>2</sup>Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>3</sup>Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag. <sup>4</sup>Über die Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten muss. <sup>5</sup>Alternativ zu Satz 1 kommt in geeigneten Fällen eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren, auch in elektronischer Form, in Betracht.
- (4) Der Prüfungsausschuss erlässt die nach dieser Prüfungsordnung erforderlichen Bescheide schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung.
- (5) <sup>1</sup>Das Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften unterstützt den Prüfungsausschuss bei der Organisation und Durchführung der Prüfungen. <sup>2</sup>Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses ist das Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften.
- (6) Alle Anträge an den Prüfungsausschuss sind, soweit diese Prüfungs- und Studienordnung nichts anderes bestimmt, unverzüglich schriftlich mit den erforderlichen Nachweisen beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften einzureichen.

## **§ 10 Prüfende und Beisitzende**

- (1) <sup>1</sup>Zu Prüfern und Prüferinnen können alle nach dem BayHSchG sowie nach der Hochschulprüferverordnung (HSchPrüferV) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfungen Befugte bestellt werden. <sup>2</sup>Als Beisitzer und Beisitzerinnen können alle Mitglieder der Universität Regensburg herangezogen werden, die einen entsprechenden oder vergleichbaren wissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen haben. <sup>3</sup>Die Beisitzer oder Beisitzerinnen selbst prüfen nicht.
- (2) <sup>1</sup>Zu Prüfern und Prüferinnen von Masterarbeiten können alle Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen gemäß Art. 2 Abs. 3 Satz 1 BayHSchPG der Universität Regensburg bestellt werden. <sup>2</sup>Die Masterarbeit darf in einer Einrichtung außerhalb der Universität Regensburg durchgeführt werden, wenn sie von einem Prüfer oder einer Prüferin, der oder die der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Regensburg angehört, betreut wird.
- (3) <sup>1</sup>Scheidet ein prüfungsberechtigtes Mitglied aus der Universität Regensburg aus, so kann der Prüfungsausschuss auf dessen Antrag hin beschließen, dass er oder sie noch eine angemessene

Zeit als Prüfender oder Prüfende tätig ist. <sup>2</sup>In der Regel soll die Prüfungsberechtigung bis zu zwei Jahre erhalten bleiben. <sup>3</sup>Für Professoren oder Professorinnen im Ruhestand kann ein längerer Zeitraum vorgesehen werden.

- (4) <sup>1</sup>Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers oder der Prüferin ist zulässig. <sup>2</sup>Der Wechsel ist vom Prüfungsausschuss zu genehmigen und mindestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt zu machen.

## **§ 11**

### **Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

- (1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfer oder Prüferinnen, der Prüfungsbeisitzer oder Prüfungsbeisitzerinnen und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 2 BayHSchG.

## **§ 12**

### **Anrechnung von Kompetenzen**

- (1) <sup>1</sup>Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, sind anlässlich der Aufnahme des Studiums, der Fortsetzung des Studiums und der Ablegung von Prüfungen anzurechnen, außer es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse). <sup>2</sup>Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nrn. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind.
- (2) <sup>1</sup>Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. <sup>2</sup>Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.
- (3) <sup>1</sup>Entspricht bei der Anrechnung im Ausland erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen das Notensystem der ausländischen Hochschule nicht § 23, so wird die Note der anzurechnenden Prüfungsleistung entsprechend einem universitätsweit geltenden Notenumrechnungsschlüssel ermittelt. <sup>2</sup>Sofern im Rahmen von Partnerschaftsabkommen mit ausländischen Hochschulen ein Notenumrechnungsschlüssel vereinbart worden ist, ist dieser bindend.
- (4) <sup>1</sup>Die Anrechnung von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen setzt einen schriftlichen Antrag des Bewerbers oder der Bewerberin voraus. <sup>2</sup>In der Regel wird pro abgeschlossene 30 LP ein Fachsemester angerechnet. <sup>3</sup>Der Antrag ist unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten. <sup>4</sup>Zu den einzureichenden Unterlagen gehören insbesondere der Modulkatalog, aus welchem sich unter anderem die Qualifikationsziele, Lerninhalte und der Arbeitsumfang ergeben müssen, sowie das der Bewertung des Moduls zugrundeliegende Notensystem. <sup>5</sup>Ein Antrag auf Anrechnung von früheren Studien- und Prüfungsleistungen kann nur einmal, und zwar innerhalb des

ersten Semesters nach (Wieder-)Aufnahme des Studiums an der Universität Regensburg gestellt werden. <sup>6</sup>Bei späterem Erwerb muss der Antrag bis spätestens zum Ende des auf den Erwerb folgenden Semesters gestellt werden. <sup>7</sup>Mit dem Antritt zu der zu ersetzenden Prüfung ist die Anrechnung ausgeschlossen. <sup>8</sup>Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung entscheidet der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der zuständigen Fachvertretung unter Beachtung von Art. 63 BayHSchG.

### **§ 13**

#### **Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen**

- (1) <sup>1</sup>Auf Antrag ist bei Fristen und Terminen die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den §§ 3, 4, 5 und 6 des Mutterschutzgesetzes vom 23. Mai 2017 in der jeweils geltenden Fassung sowie der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit vom 5. Dezember 2006 in der jeweils geltenden Fassung zu gewährleisten. <sup>2</sup>Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- (2) <sup>1</sup>Auf Prüfungsfristen werden auf Antrag Studienzeiten nicht angerechnet, in denen ein ordnungsgemäßes Studium aus von dem oder der Studierenden nicht zu vertretenden Gründen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. <sup>2</sup>Nicht zu vertretende Gründe sind insbesondere Krankheit oder die häusliche Pflege schwer erkrankter Angehöriger. <sup>3</sup>Die entsprechenden Nachweise sind unverzüglich nach Studienbeginn beziehungsweise nach Eintritt der besonderen Lebenssituation zu führen, insbesondere sind ärztliche Atteste, in Zweifelsfällen amtsärztliche Atteste, vorzulegen. <sup>4</sup>Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- (3) <sup>1</sup>Schwangeren kann in der Prüfung auf Antrag insbesondere eine Pause gewährt werden, wenn nachgewiesen wird, dass wegen der Schwangerschaft die Prüfung nicht in der vorgesehenen Dauer erbracht werden kann. <sup>2</sup>Eine ärztliche Bescheinigung ist vorzulegen. <sup>3</sup>§ 14 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (4) Es wird empfohlen, die familienfreundlichen Studien- und Prüfungsregelungen – Richtlinien der Universität Regensburg – in der jeweils gültigen Fassung grundsätzlich zu berücksichtigen.

### **§ 14**

#### **Besondere Belange Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung**

- (1) <sup>1</sup>Die besondere Lage von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist in angemessener Weise zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Weist der oder die Studierende nach, dass er oder sie wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung nicht in der Lage ist, Studien- beziehungsweise Prüfungsleistungen gemäß § 7 ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der vorgegebenen Frist abzulegen, gestattet der Prüfungsausschuss die Verlängerung der Bearbeitungszeit beziehungsweise der Fristen für das Ablegen von Studien- beziehungsweise Prüfungsleistungen oder das Ablegen gleichwertiger Studien- beziehungsweise Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form.
- (2) Wenn absehbar ist, dass ein Studium in der vorgesehenen Form oder Zeit aufgrund von Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht durchgeführt werden kann, besteht die Möglichkeit, in Absprache mit dem zuständigen Fachstudienberater oder der zuständigen Fachstudienberaterin und dem Prüfungsausschuss, einen Studienplan aufzustellen, der sich an dem individuell eingeschränkten Leistungsvermögen orientiert.

- (3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss entscheidet über Fälle gemäß Abs. 1 und 2 auf schriftlichen Antrag, der unverzüglich nach Studienbeginn beziehungsweise nach Eintritt der Behinderung beziehungsweise der chronischen Erkrankung gestellt werden sollte und in der Regel spätestens acht Wochen vor Prüfungsbeginn zu stellen ist, und teilt die Entscheidung dem oder der Studierenden schriftlich mit. <sup>2</sup>Im Antrag nach Satz 1 kann sich der oder die Studierende zugleich dafür aussprechen, dass vor einer ablehnenden Entscheidung der oder die Senatsbeauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung anzuhören ist. <sup>3</sup>Die Bescheide des Prüfungsausschusses sind bei der Anmeldung und Ablegung der Prüfungen vorzulegen.
- (4) Zum Nachweis einer Behinderung oder chronischen Krankheit ist ein ärztliches Attest, in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest, vorzulegen.

## II. Spezielle Prüfungsvorschriften

### § 15

#### Bestandteile der Masterprüfung

- (1) <sup>1</sup>Die Masterprüfung besteht aus dem Nachweis von 120 LP. <sup>2</sup>Diese werden in den einzelnen Studiengängen erbracht durch das erfolgreiche Ablegen von Modulen aus den folgenden, im Modulkatalog näher beschriebenen Modulgruppen sowie das Anfertigen der Masterarbeit.
- (2) <sup>1</sup>Im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre müssen zwei aus den nachfolgend genannten BWL-Schwerpunktmodulgruppen belegt werden:
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Management und Führung“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
    - o „Strategisches Management“
    - o „International and Intercultural Human Resource Management“
    - o „Controlling“und ein Modul aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
    - o „Management des Organisatorischen Wandels“
    - o „Organisationstheorien“
    - o „Qualitative Sozialforschung“
    - o „Strategy and Innovation in Digital Service Contexts“
    - o ein Modul aus dem Themenbereich „Management und Führung“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
  - BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Finanzierung“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP)
    - o „Fortgeschrittene Fragestellungen der Finanzierung“
    - o „Finanzmanagement“und zwei Module aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
    - o „Unternehmensbewertung und -analyse“
    - o „Derivative Finanzinstrumente“
    - o „Financial Engineering“
    - o ein Modul aus dem Themenbereich „Finanzierung“ (Auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
  - BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
    - o „Rechtsformwahl und Umwandlung“
    - o „International Taxation“und zwei Module aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):

- „Steuerbilanzen“
  - „Immobiliensteuerrecht“
  - „Spezielles Vertiefungsgebiet Betriebswirtschaftliche Steuerlehre 1“
  - „Spezielles Vertiefungsgebiet Betriebswirtschaftliche Steuerlehre 2“
  - „Fortgeschrittene Finanzwissenschaft“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Unternehmensberichterstattung und Wirtschaftsprüfung“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
- „Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards“
  - „Konzernrechnungslegung und -berichterstattung“
  - „Wirtschaftsprüfung und Unternehmenspublizität“
- und ein Modul aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP)
- „Unternehmensbewertung und -analyse“
  - „Nachhaltige Unternehmensführung“
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Quantitative Finanzwirtschaft“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
- „Derivative Finanzinstrumente“
  - „Financial Engineering“
- und zwei Module aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Finanzmanagement“
  - „Fortgeschrittene Fragestellungen der Finanzierung“
  - ein Modul oder zwei Module aus dem Themenbereich „Quantitative Finanzwirtschaft“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Industrielles Management“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
- „Technologiemanagement“
  - „Supply Chain Management“
- und zwei Module aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Management von Produkten und Dienstleistungen im Industriegütermarkt“
  - „Decision Support in Logistics“
  - „Strategisches Management“
  - „Industrielles Vertriebsmanagement“
  - „Produktionsnetzwerke“
  - „Simulation von Produktionssystemen“
  - „Predictive Analytics for production systems“
  - „Prescriptive Analytics for production systems“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Industrielles Management“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Business Analytics and Operations Management“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
- „Predictive Analytics for production systems“
  - „Produktionsnetzwerke“
- und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Business Analytics for Supply Chain Management I“
  - „Business Analytics for Supply Chain Management II“
  - „Decision Support in Logistics“
  - „Big Data Analytics: Methoden und Anwendungen“

- „Qualitätsmanagement“
  - „Internet of Things und Industrie 4.0“
  - „Data Science & Machine Learning“
  - „Prescriptive Analytics for production systems“
  - „Simulation von Produktionssystemen“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Business Analytics and Operations Management“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- BWL-Schwerpunktmodulgruppe „Marketingmanagement und Innovation“ (24 LP):  
die zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Industrielles Vertriebsmanagement“
  - „Kundenverhalten: Theorien und empirische Analysen“
  - „Management von Produkten und Dienstleistungen im Industriegütermarkt“
- und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Kundenverhalten: Theorien und empirische Analysen“
  - „Technologiemanagement“
  - „Qualitative Sozialforschung“
  - „Management von Produkten und Dienstleistungen im Industriegütermarkt“
  - „Industrielles Vertriebsmanagement“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Marketing und Innovation“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- <sup>2</sup>Daneben muss entweder eine weitere BWL-Schwerpunktmodulgruppe oder eine aus den nachfolgend genannten freien Schwerpunktmodulgruppen belegt werden:
- Freie Schwerpunktmodulgruppe „Economics“ (24 LP):  
vier aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Kapitalmarkttheorie 2“
  - „Theorie und Empirie der Geldpolitik“
  - „Organisation und Verträge“
  - „Fortgeschrittene Finanzwissenschaft“
  - „Finanz & Immobilienökonomie II“
  - „Applied Financial Econometrics“
  - „Impact evaluation methods“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Economics“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- Freie Schwerpunktmodulgruppe „Wirtschaftsinformatik“ (24 LP):  
vier aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Informationssysteme - Entwicklungen und Trends“
  - „Strategische Führung und IT“
  - „Customer Relationship Management und Business Intelligence“
  - „Big Data Analytics: Methoden und Anwendungen“
  - „Mehrseitige Sicherheit in verteilten Systemen“
  - „Qualitätsmanagement“
  - „Social Network Analysis“
  - „Serviceorientierung Web und Mobile Services“
  - „Business Engineering“
  - „Internet of Things und Industrie 4.0“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Wirtschaftsinformatik“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- Freie Schwerpunktmodulgruppe „Immobilienwirtschaft“ (24 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):

- „Immobilienbanking“
  - „Immobilieninvestment“
  - „Finanz- und Immobilienökonomie II“
- und ein Modul aus folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Immobilienwirtschaft I“
  - „Immobilienwirtschaft II“
  - ein Modul aus dem Themenbereich „Immobilienwirtschaft“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- Freie Schwerpunktmodulgruppe „Business and Management“ (24 LP):  
Module aus dem Themenbereich „Business and Management“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)

<sup>3</sup>Zusätzlich müssen belegt werden:

- Wahlmodulgruppe: Module im Umfang von insgesamt 12 LP (gemäß Modulkatalog)
- Forschungsmodulgruppe: ein Seminar im Umfang von 6 LP und die Masterarbeit im Umfang von 30 LP, die beide thematisch jeweils in einer der gewählten BWL-Schwerpunktmodulgruppen liegen müssen (36 LP).

(3) <sup>1</sup>Im Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre muss die Pflichtmodulgruppe „Methoden der VWL“ (30 LP) mit den folgenden Pflichtmodulen (je 10 LP) belegt werden:

- „Fortgeschrittene Mikroökonomik“
- „Dynamic Macroeconomics“
- „Methoden der Ökonometrie“.

<sup>2</sup>Daneben müssen eine oder zwei aus den unten genannten VWL-Schwerpunktmodulgruppen (je 24 LP) belegt werden:

- VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Außenwirtschaft“ (The Global Economy):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
  - „Außenwirtschaft 1“
  - „Außenwirtschaft 2“
 und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
  - „Außenwirtschaft 3“
  - „Außenwirtschaft 4“
  - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Außenwirtschaft“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Empirische Wirtschaftsforschung“ (Empirical Economics):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
  - „Empirische Wirtschaftsforschung 1“
  - „Empirische Wirtschaftsforschung 2“
 und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
  - „Empirische Wirtschaftsforschung 3“
  - „Empirische Wirtschaftsforschung 4“
  - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Empirische Wirtschaftsforschung“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Finanzmärkte“ (Financial Economics):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):

- „Finanzmärkte 1“
  - „Finanzmärkte 2“
- und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
- „Finanzmärkte 3“
  - „Finanzmärkte 4“
  - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Finanzmärkte“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
- VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Immobilien- und Regionalökonomik“ (Real Estate Economics):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
    - „Finanz- und Immobilienökonomie 2“
    - „Regionalökonomie 2“
 und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
    - „Immobilien- und Regionalökonomik 3“
    - „Immobilien- und Regionalökonomik 4“
    - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Immobilien- und Regionalökonomik“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
  - VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Institutionen und individuelles Verhalten“ (Institutions and Behavior):  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
    - „Institutionen und individuelles Verhalten 1“
    - „Institutionen und individuelles Verhalten 2“
 und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
    - „Institutionen und individuelles Verhalten 3“
    - „Institutionen und individuelles Verhalten 4“
    - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Institutionen und individuelles Verhalten“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)
  - VWL-Schwerpunktmodulgruppe „Macroeconomics Analysis“:  
die Pflichtmodule (je 6 LP):
    - „Makroökonomik 1“
    - „Makroökonomik 2“
 und zwei Module aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP):
    - „Makroökonomik 3“
    - „Makroökonomik 4“
    - weitere im Modulkatalog genannte Module aus dem Themenbereich „Macroeconomics Analysis“ (auf Antrag an den Modulgruppenverantwortlichen oder die Modulgruppenverantwortliche)

<sup>3</sup>Wird nur eine VWL-Schwerpunktmodulgruppe belegt, kann weiterhin die freie Schwerpunktmodulgruppe „Business and Management“ (24 LP) gemäß Absatz 2 Satz 2 belegt werden.

<sup>4</sup>Zusätzlich müssen belegt werden:

- Wahlmodulgruppe: weitere Module im Umfang von 36 LP bei Belegung nur einer Schwerpunktmodulgruppe bzw. 12 LP bei Belegung zweier Schwerpunktmodulgruppen oder einer Schwerpunktmodulgruppe und der freien Schwerpunktmodulgruppe (nach Wahl gemäß Modulkatalog),

- Forschungsmodulgruppe (30 LP): ein Seminar im Umfang von 6 LP und die Masterarbeit im Umfang von 24 LP.
- (4) <sup>1</sup>Im Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik müssen zwei Pflichtmodulgruppen belegt werden:
- die WI-Pflichtmodulgruppe: „General Management“ (12 LP):  
das Pflichtmodul (6 LP)
    - o „Strategische Führung und IT“
- Wahlpflichtmodule aus dem Master-Angebot der BWL (insgesamt 6 LP)
- die WI-Pflichtmodulgruppe „Informationstechnologie“ (18 LP):  
die Pflichtmodule (je 6 LP)
    - o „Sicherheitsmanagement“
    - o „Informationssysteme - Entwicklungen und Trends“
    - o „Customer Relationship Management und Business Intelligence“

<sup>2</sup>Daneben müssen eine oder zwei der nachfolgenden Schwerpunktmodulgruppen (je 24 LP) belegt werden:

- WI-Schwerpunktmodulgruppe „Management der Informationssysteme“ (Business Information Systems):  
das Pflichtmodul (6 LP)
  - o „Business Engineering“
 drei aus den folgenden Wahlpflichtmodulen (je 6 LP)
  - o „Management der Informationssysteme 1“
  - o „Management der Informationssysteme 2“
  - o „Management der Informationssysteme 3“
  - o „Management der Informationssysteme 4“
- WI-Schwerpunktmodulgruppe „Internet Business und Data Science“ (24 LP):  
vier aus den Wahlpflichtmodulen (je 6 LP)
  - o „Internet Business und Data Science 1“
  - o „Internet Business und Data Science 2“
  - o „Internet Business und Data Science 3“
  - o „Internet Business und Data Science 4“
  - o „Internet Business und Data Science 5“
- WI-Schwerpunktmodulgruppe „IT Security“ (24 LP):  
vier aus den Wahlpflichtmodulen (je 6 LP)
  - o „IT Security 1“
  - o „IT Security 2“
  - o „IT Security 3“
  - o „IT Security 4“
  - o „IT Security 5“

<sup>3</sup>Wird nur eine WI-Schwerpunktmodulgruppe belegt, kann weiterhin die Wahlmodulgruppe (24 LP) belegt werden:

Module im Umfang von 24 LP (nach freier Wahl, gemäß Modulkatalog),

<sup>4</sup>Zusätzlich müssen belegt werden:

- Ein Seminar (6 LP), ein Praxisseminar (6 LP) und die Masterarbeit im Umfang von 30 LP in der Forschungsmodulgruppe (42 LP)

(5) <sup>1</sup>Im Masterstudiengang Immobilienwirtschaft müssen drei Module im Umfang von je 4 LP sowie ein Modul im Umfang von 6 LP aus der Pflichtmodulgruppe „Interdisziplinäre Grundlagen der Immobilienwirtschaft“ (18 LP) belegt werden:

- „Öffentliches Immobilienrecht“ (4 LP)
- „Privates Immobilienrecht“ (4 LP)
- „Immobiliensteuern“ (4 LP)
- „Empirical Methods in Real Estate“ (6 LP)

<sup>2</sup>Daneben müssen zweimal vier Module (von je 6 LP, insgesamt also zweimal 24 LP) aus folgenden Schwerpunktmodulgruppen belegt werden:

- „Immobilieninvestition und -finanzierung“
  - „Immobilienbanking“
  - „Immobilienbewertung und -rechnungslegung“
  - „Immobilieninvestment“
  - „Real Estate Finance II“
- „Immobilienentwicklung und -management“
  - „Immobilienentwicklung II“
  - „Immobilienmanagement II“
  - „Handelsimmobilien“
  - „Sustainable Real Estate“
- „Immobilien- und Regionalökonomie“
  - „Finanz- und Immobilienökonomie II“
  - „Regionalökonomie II“
  - „Immobilienökonomie III / Applied Real Estate Economics“
  - „Stadtentwicklung“

<sup>3</sup>Zusätzlich müssen belegt werden:

- Wahlmodulgruppe: zwei Module im Umfang von je 6 LP (insgesamt 12 LP):
  - Ein volkswirtschaftliches Modul (6 LP) sowie ein betriebswirtschaftliches Modul (6 LP) oder
  - Ein volkswirtschaftliches Modul (6 LP) sowie ein Modul aus den VWL-Schwerpunktmodulgruppen "Immobilien- und Regionalökonomie", "Institutionen und individuelles Verhalten" oder "Finanzmärkte" (6 LP)
- Forschungsmodulgruppe: ein Seminar (6 LP), ein Praxisseminar (6 LP), ein Projektseminar (6 LP) und die Masterarbeit (24 LP)

(6) <sup>1</sup>Unter Vorbehalt der Abs. 1 bis 5 können Bachelormodule im Umfang von insgesamt bis zu 18 LP in die Wahlmodulgruppe eingebracht werden, wenn diese das Masterstudium sinnvoll ergänzen. <sup>2</sup>Im Falle des Masterstudienganges BWL ist auch eine Einbringung in die freie Schwerpunktmodulgruppe „Business and Management“ möglich. <sup>3</sup>Im Fall der Masterstudiengänge Wirtschaftsinformatik und Immobilienwirtschaft ist die Einbringung auf 12 LP beschränkt. <sup>4</sup>Zur Einbringung eines Bachelormoduls bedarf es der Zustimmung des oder der Modulgruppenverantwortlichen aus der Pflicht- bzw. Schwerpunktmodulgruppe, der das einzubringende Modul inhaltlich zuzurechnen ist. <sup>5</sup>Die Einbringung von Modulen, welche bereits in dem (Bachelor-) Studiengang eingebracht wurden, durch den die Qualifikation für den gewählten Masterstudiengang nachgewiesen wurde, ist ausgeschlossen; der Kandidat oder die Kandidatin hat hierüber eine entsprechende Erklärung abzugeben.

## § 16

### Form und Verfahren von Masterprüfung und Modulprüfungen, Anwendungsbereich

(1) Die Masterprüfung erfolgt studienbegleitend in Form von erfolgreich absolvierten Modulen gemäß § 8 Abs. 2 Satz 7.

- (2) <sup>1</sup>Modulprüfungen sind Prüfungen, deren Ergebnis nach Maßgabe von § 27 in die Gesamtnote der Masterprüfung und in das Abschlusszeugnis eingehen. <sup>2</sup>In der Modulprüfung soll festgestellt werden, ob der oder die Studierende die im Modulkatalog konkret spezifizierten Qualifikations- und Kompetenzziele des Moduls erreicht hat. <sup>3</sup>In fachlich begründeten Ausnahmefällen können im Rahmen der Modulprüfung bis zu drei Kompetenzbereiche des Moduls getrennt voneinander abgeprüft werden; jede dieser Teilleistungen ist eine Prüfungsleistung gemäß § 8 Abs. 3 Satz 2. <sup>4</sup>Modulprüfungen im Rahmen von Seminaren bestehen in der Regel aus zwei Teilprüfungen. <sup>5</sup>Das Prüfungsergebnis wird gemäß § 23 Abs. 1 und 2 benotet.
- (3) <sup>1</sup>Die konkrete Ausgestaltung (Prüfungsbestandteile, Prüfungsform, jeweilige Dauer und Inhalt) der Modulprüfungen wird den Studierenden im Modulkatalog bekannt gegeben. <sup>2</sup>Die Bekanntgabe des jeweils geltenden Modulkatalogs erfolgt spätestens eine Woche vor Semesterbeginn auf der Internetseite der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. <sup>3</sup>Enthält der Modulkatalog keine eindeutige Festlegung der Prüfungsform, so wird diese von dem zuständigen Prüfer oder der zuständigen Prüferin zu Beginn der Vorlesungszeit in geeigneter Form bekanntgegeben.
- (4) <sup>1</sup>Zentrale Voraussetzung für das Ablegen einer Modulprüfung ist die Immatrikulation als Studierende oder Studierender an der Universität Regensburg. <sup>2</sup>Die Zulassung Studierender, die nicht in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben sind, kann durch den Prüfer oder die Prüferin der jeweiligen Modulprüfung oder durch den Prüfungsausschuss eingeschränkt werden.
- (5) Die Bestimmungen dieser Prüfungs- und Studienordnung gelten nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen (§ 17 ff.) auch für die nicht von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften angebotenen Module, sofern sie Bestandteil eines Prüfungsverfahrens nach dieser Ordnung sind.

## **§ 17**

### **Prüfungstermine, Anmeldung zu Modulprüfungen**

- (1) <sup>1</sup>Modulprüfungen werden mindestens einmal in dem Zeitraum, in dem das Modul stattfindet, abgehalten. <sup>2</sup>Spätestens vier Wochen vor Beginn der Modulprüfungen werden durch Aushang die Meldefristen bekannt gegeben. <sup>3</sup>Die Prüfungsmodalitäten und insbesondere die Prüfungstermine und -räume für die einzelnen Prüfungen werden spätestens zwei Wochen vor Prüfungsbeginn in geeigneter Form bekannt gegeben. <sup>4</sup>Abweichend davon wird die Zuweisung zu den einzelnen Prüfungsräumen jeweils am Prüfungstag durch Aushang mitgeteilt. <sup>5</sup>Die Meldefristen zu den Seminaren werden spätestens bis zum Ende des vorhergehenden Semesters durch den Prüfer oder die Prüferin bekannt gegeben.
- (2) <sup>1</sup>Die Anmeldung zur Modulprüfung erfolgt in der Regel über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg. <sup>2</sup>Ist eine elektronische Anmeldung nicht möglich, ist ein schriftlicher Antrag auf Zulassung beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften einzureichen.
- (3) Bei Seminaren muss die Anmeldung vor der Themenvergabe, über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg, erfolgen.

## § 18 Schriftliche Modulprüfungen

- (1) <sup>1</sup>Schriftliche Modulprüfungen oder Modulteilprüfungen (gemäß § 7) können in Form von Klausuren, Haus- oder Seminararbeiten erfolgen.  
<sup>2</sup>Weitere schriftliche Prüfungsleistungen können sein:
- Leistungskontrollen in schriftlicher oder elektronischer beziehungsweise beleglesergestützter Form
  - Fallstudienarbeiten
  - Programmierarbeiten
  - Aufsätze
  - Projektarbeiten
  - Konzeptpapiere
  - Online-Assignment
  - Online-Quiz
- <sup>3</sup>Prüfungsleistungen können auch in Form von Gruppenarbeiten abverlangt werden.
- (2) <sup>1</sup>Wird eine schriftliche Prüfung in Form einer Klausur abgehalten, beträgt die Prüfungsdauer grundsätzlich mindestens 30 und höchstens 120 Minuten. <sup>2</sup>In begründeten Ausnahmefällen ist mit Zustimmung des Prüfungsausschusses auch eine Prüfungsdauer von bis zu 240 Minuten möglich. <sup>3</sup>Über den Prüfungsverlauf ist ein Protokoll anzufertigen, in das die Namen des Protokollführers oder der Protokollführerin sowie der Prüflinge, Titel, Beginn und Ende der Prüfung sowie eventuelle besondere Vorkommnisse, die für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sein können, aufzunehmen sind. <sup>4</sup>Dabei haben die Aufsichtsführenden die Richtigkeit des Protokolls durch Unterschrift zu bestätigen. <sup>5</sup>Das Verlassen des Prüfungsraumes ist nur mit Erlaubnis der Aufsichtführenden zulässig.
- (3) <sup>1</sup>Eine schriftliche Modulprüfung oder Modulteilprüfung kann auch in elektronischer Form abgenommen werden. <sup>2</sup>Eine elektronische Prüfung („E-Klausur“) ist eine Prüfung, deren Erstellung, Durchführung und Bewertung (mit Ausnahme der Aufgaben mit Texteingaben) computergestützt erfolgt. <sup>3</sup>Den Studierenden wird vor der Prüfung ausreichend Gelegenheit gegeben, sich mit dem elektronischen Prüfungssystem vertraut zu machen.  
<sup>4</sup>Verwendete Fragen-/ Aufgabentypen können sein:
- Freitextaufgaben,
  - Lückentexte,
  - Zuordnungs- und Anordnungsaufgaben,
  - Aufgaben im Antwort-Wahl-Verfahren,
  - Fehlertextaufgaben,
  - Textteilmengenaufgaben,
  - Fragen mit numerischer Antwort,
  - ImageMap-Fragen oder geeignete Frage-/Aufgabeformen.
- <sup>5</sup>Auch die Erstellung der Antworten über andere Programme mit anschließendem Dateiupload ist möglich. <sup>6</sup>Die E-Klausur ist in Anwesenheit eines Protokollführers oder einer Protokollführerin durchzuführen; daneben muss während der gesamten Klausurdauer die Erreichbarkeit einer technisch sachkundigen Person gewährleistet sein. <sup>7</sup>Es muss sichergestellt werden, dass die elektronischen Daten eindeutig und dauerhaft den Studierenden zugeordnet werden können. <sup>8</sup>Für den Fall einer technischen Störung wird durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet, dass keine der von den Prüflingen durchgeführten Aktionen verloren geht; der damit verbundene Zeitverlust wird durch eine entsprechende Schreibverlängerung ausgeglichen. <sup>9</sup>Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind einzuhalten.
- (4) <sup>1</sup>Eine Klausur kann auch ganz oder zum Teil in Form des Antwort-Wahl-Verfahrens durchgeführt werden. <sup>2</sup>Eine Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren liegt vor, wenn die Prüfungsleistung

ausschließlich im Markieren oder Zuordnen einer oder mehrerer für richtig gehaltenen Antwortmöglichkeiten besteht. <sup>3</sup>Prüfungen bzw. Prüfungsfragen im Antwort-Wahl-Verfahren sind nur zulässig, wenn sie dazu geeignet sind, den Nachweis zu erbringen, dass der Prüfungskandidat oder die Prüfungskandidatin die Inhalte und Methoden des Moduls in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden kann. <sup>4</sup>Der Prüfer oder die Prüferin im Sinne von § 10 wählt den Prüfungsstoff aus, formuliert die Fragen und legt die richtigen Antwortmöglichkeiten fest. <sup>5</sup>Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren werden als Einfach-Wahlaufgaben (1 aus n) oder Mehrfach-Wahlaufgaben (x aus n mit x=1, ..., n) gestellt. <sup>6</sup>Der Abzug von Punkten innerhalb einer Prüfungsaufgabe bei Mehrfach-Wahlaufgaben ist zulässig. <sup>7</sup>Die Prüfungsaufgaben müssen zweifelsfrei verständlich sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. <sup>8</sup>Der Prüfer oder die Prüferin kann auch einen Pool gleichwertiger Prüfungsaufgaben erstellen, aus dem in der Prüfung jeweils unterschiedliche Prüfungsfragen ausgewählt werden. <sup>9</sup>Die Auswahl geschieht durch Zufallsprinzip. <sup>10</sup>Die Gleichwertigkeit der Prüfungsaufgaben muss sichergestellt sein.

- (5) <sup>1</sup>Die Prüfungsaufgaben im Antwort-Wahl-Verfahren sind vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie fehlerhaft sind. <sup>2</sup>Ergibt die Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese nachzubewerten oder bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. <sup>3</sup>In letzterem Fall mindert sich die Zahl der zur Ermittlung des Prüfungsergebnisses heranzuziehenden Prüfungsaufgaben entsprechend. <sup>4</sup>Bei der Bewertung der Prüfung ist von der verminderten Zahl an Prüfungsaufgaben auszugehen. <sup>5</sup>Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der Studierenden auswirken. <sup>6</sup>Bei Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt werden, gelten die obigen Bestimmungen nur für den im Antwort-Wahl-Verfahren erstellten Klausurteil und nur für den Fall, dass dieser Anteil mindestens 20% beträgt.

## **§ 19** **Mündliche Modulprüfungen**

- (1) <sup>1</sup>Im Rahmen einer mündlichen Prüfung weisen Studierende nach, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und Fragestellungen in diese Zusammenhänge einordnen können. <sup>2</sup>Mündliche Prüfungen können als Einzel- oder als Gruppenprüfungen durchgeführt werden. <sup>3</sup>Sie werden von zwei Prüfern oder Prüferinnen oder von einem Prüfer oder einer Prüferin und einem Beisitzer oder einer Beisitzerin in deutscher oder englischer Sprache durchgeführt. <sup>4</sup>Die Prüfungsdauer beträgt pro Kandidaten oder Kandidatin mindestens zehn und höchstens 45 Minuten.
- (2) <sup>1</sup>Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Titel der Prüfung, Ort und Zeit sowie Dauer, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen des Prüfers oder der Prüferin und des Beisitzers oder der Beisitzerin und des oder der Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. <sup>2</sup>Das Protokoll wird von den Prüfern oder Prüferinnen beziehungsweise dem Prüfer oder der Prüferin und dem Beisitzer oder der Beisitzerin unterzeichnet. <sup>3</sup>Die Noten für die mündlichen Prüfungsleistungen werden von den Prüfern oder Prüferinnen oder von dem Prüfer oder der Prüferin gemäß § 23 festgesetzt.
- (3) Weitere mündliche Prüfungsleistungen können Präsentationen von Projekt-, Haus- und Seminararbeiten sein.

## **§ 20 Masterarbeit**

- (1) <sup>1</sup>Die Masterarbeit soll zeigen, dass der oder die Studierende das wissenschaftliche Arbeiten in seinem oder ihrem Fachgebiet beherrscht und selbständig auf eine begrenzte Themenstellung anwenden kann. <sup>2</sup>Die Masterarbeit hat einen Umfang von 24 LP beziehungsweise 30 LP. <sup>3</sup>Es wird empfohlen, die Masterarbeit im letzten Studienjahr zu schreiben. <sup>4</sup>Sie muss thematisch wie folgt zuzuordnen sein:
- im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre einer der gewählten (nicht freien) BWL-Schwerpunktmodulgruppen gemäß § 15 Abs. 2
  - im Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre einer der gewählten (nicht freien) VWL-Schwerpunktmodulgruppen gemäß § 15 Abs. 3
  - im Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik einer gewählten Schwerpunktmodulgruppe gemäß § 15 Abs. 4
  - im Masterstudiengang Immobilienwirtschaft einer der beiden gewählten Schwerpunktmodulgruppen gemäß § 15 Abs. 5.
- <sup>5</sup>Über die thematische Zuordnung gemäß Satz 4 entscheidet im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss im Benehmen mit den zuständigen Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen.
- (2) <sup>1</sup>Das Thema der Masterarbeit wird von dem Prüfer oder der Prüferin vergeben. <sup>2</sup>Der oder die Studierende hat einen Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften zu stellen. <sup>3</sup>Das Prüfungssekretariat prüft die Zulässigkeit des Antrags und informiert den Prüfer oder die Prüferin. <sup>4</sup>Die Masterarbeit gilt mit dem Tag der Themenvergabe als angemeldet.
- (3) <sup>1</sup>Die Bearbeitungszeit der Masterarbeit beträgt ab dem Tag der Themenvergabe grundsätzlich 180 Tage. <sup>2</sup>Die Arbeit ist rechtzeitig im Sinne von § 22 Abs. 1 Satz 1 anzumelden. <sup>3</sup>Weist der oder die Studierende nach, dass er oder sie aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, an der Bearbeitung verhindert ist oder die Frist aus § 22 Abs. 1 Satz 1 nicht einhalten kann, wird ihm oder ihr auf Antrag beim Prüfungssekretariat durch den Prüfer oder die Prüferin eine Nachfrist gewährt. <sup>4</sup>Der schriftliche Antrag ist von dem oder der Studierenden unverzüglich nach dem Auftreten des Grundes zu stellen, an den Prüfer oder die Prüferin zu richten und beim Prüfungssekretariat einzureichen; § 26 Abs. 3 gilt entsprechend. <sup>5</sup>Die Masterarbeit ist fristgerecht maschinenschriftlich und in gebundener Form in zwei Exemplaren beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften einzureichen. <sup>6</sup>Darüber hinaus ist dem Prüfer oder der Prüferin die Arbeit in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. <sup>7</sup>Das Thema der Masterarbeit kann nicht zurückgegeben werden. <sup>8</sup>Der Abgabezeitpunkt und die Vollständigkeit gemäß Satz 5 sind aktenkundig zu machen. <sup>9</sup>Bei nicht fristgerechter Abgabe wird die Arbeit mit 5,0 bewertet.
- (4) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist in deutscher oder, mit Einverständnis des Prüfers oder der Prüferin, in englischer Sprache abzufassen und soll grundsätzlich einen Umfang von zwischen 60 und 100 Seiten, im Masterstudiengang Immobilienwirtschaft grundsätzlich einen Umfang zwischen 50 und 70 Seiten haben. <sup>2</sup>Sie hat am Ende eine Erklärung des Prüflings zu enthalten, dass die vorgelegten Druckexemplare und die dem Prüfer oder der Prüferin zur Verfügung gestellte elektronische Version (PDF-Datei) der Arbeit identisch sind und er oder sie die Arbeit selbständig verfasst, keine anderen als die von ihm oder ihr angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Arbeit nicht bereits an einer anderen Hochschule zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht hat. <sup>3</sup>Die Erklärung enthält eine Bestätigung des Verfassers oder der Verfasserin, dass er oder sie von den in § 26 Abs. 6 vorgesehenen Rechtsfolgen Kenntnis hat.
- (5) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist durch den Prüfer oder die Prüferin in der Regel bis spätestens drei Monate nach ihrer Abgabe zu bewerten. <sup>2</sup>Für die Festsetzung der Note der Masterarbeit gilt § 23. <sup>3</sup>Wird

die Masterarbeit mit 5,0 bewertet, ist sie von einem oder einer weiteren von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellten Prüfer oder Prüferin zu bewerten.

- (6) <sup>1</sup>Wird die Masterarbeit durch zwei Prüfende bewertet, so ergibt sich die Note als arithmetischer Mittelwert der beiden vergebenen Noten. <sup>2</sup>Die Masterarbeit ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note 4,0 (ausreichend) bewertet wird.

## **§ 21**

### **Anmeldung zur Masterarbeit**

- (1) <sup>1</sup>Der Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit und Zuteilung eines Themas soll schriftlich spätestens eine Woche vor ihrem geplanten Beginn beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften eingereicht werden. <sup>2</sup>Er ist an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten.
- (2) Voraussetzung für die Zulassung zur Masterarbeit ist:
1. die Immatrikulation an der Universität Regensburg.
  2. der Nachweis von mindestens 45 LP im jeweiligen Masterstudiengang
- (3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn der oder die Studierende eine der in Abs. 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt.

## **§ 22**

### **Prüfungsfristen**

- (1) <sup>1</sup>Hat der oder die Studierende die gemäß § 15 zum erfolgreichen Ablegen der Masterprüfung erforderlichen Modulprüfungen nicht bis zum Ende des fünften Fachsemesters abgelegt oder die Masterarbeit nicht bis zum Ende des fünften Fachsemesters angemeldet, so gilt die Masterprüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden, es sei denn, dem oder der Studierenden wurde aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, eine Nachfrist gewährt. <sup>2</sup>Die Gründe sind von dem Kandidaten oder von der Kandidatin unverzüglich geltend zu machen und nachzuweisen. <sup>3</sup>Der schriftliche Antrag ist an den Vorsitzenden oder an die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungssekretariat einzureichen; § 26 Abs. 3 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Nach Ablauf der Frist des Satz 1 noch nicht absolvierte Module sowie die Masterarbeit gelten als abgelegt und erstmals nicht bestanden.
- (2) <sup>1</sup>Können die zum erfolgreichen Ablegen der Masterprüfung noch ausstehenden Leistungen nicht innerhalb des folgenden Semesters nachgewiesen werden, gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden, es sei denn, dem oder der Studierenden wurde aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, eine Nachfrist gewährt. <sup>2</sup>Absatz 1 Sätze 2 und 3 sowie § 24 Abs. 1 Satz 7 gelten entsprechend.
- (3) Nach § 12 angerechnete Studienzeiten sind auf die Fristen anzurechnen.

## **§ 23**

### **Bewertung von Prüfungsleistungen, Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses**

- (1) <sup>1</sup>Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern oder Prüferinnen festgesetzt. <sup>2</sup>Die Prüfungsleistungen werden wie folgt benotet:

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| 1 = sehr gut          | eine hervorragende Leistung;   |
| 2 = gut               | eine Leistung, die erheblich über den Anforderungen liegt;                       |
| 3 = befriedigend      | eine Leistung, die den Anforderungen entspricht;                                 |
| 4 = ausreichend       | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;             |
| 5 = nicht ausreichend | eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |
- (2) Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können die Noten um 0,3 erhöht oder verringert werden. <sup>2</sup>Die Noten 0,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.
- (3) <sup>1</sup>Besteht eine Modulprüfung aus Teilleistungen oder wird sie von mehreren Prüfern oder Prüferinnen bewertet, so ergibt sich die Note für diese Prüfungsleistung aus dem gewichteten Durchschnitt der Einzelnoten. <sup>2</sup>Die Gewichtung ergibt sich aus dem Modulkatalog. <sup>3</sup>Bei der Bildung von Durchschnittsnoten nach Satz 1 erfolgt eine Rundung auf die nächstgelegene Note gemäß Abs. 1 und 2.
- (4) Eine Prüfung ist erfolgreich absolviert, wenn die Note mindestens ausreichend (4,0) ist.
- (5) Das Ergebnis einer Prüfung gilt dem Prüfungsteilnehmer oder der Prüfungsteilnehmerin mit Ablauf einer Woche nach Einstellung in das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg als bekannt gegeben.
- (6) Teilleistungen im Sinne von Abs. 3 Satz 1 sind nur eigenständige (Modul-)Teilprüfungen gemäß § 7 Abs. 3; nicht selbständige Prüfungsteile, insbesondere Aufgabenteile innerhalb derselben Prüfung, werden davon nicht erfasst.

## § 24

### Wiederholbarkeit von Modulprüfungen, Seminaren und Masterarbeit

- (1) <sup>1</sup>Jede erstmals nicht bestandene Modulprüfung kann einmal wiederholt werden. <sup>2</sup>Im Verlauf des gesamten Masterstudiums kann auf schriftlichen Antrag, einmalig pro Modulgruppe, eine nicht bestandene Prüfung ein weiteres Mal wiederholt werden, wenn ansonsten das Masterstudium endgültig nicht bestanden ist. <sup>3</sup>Hierzu ist ein schriftlicher Antrag an den Prüfungsausschuss zu richten, der unverzüglich, spätestens vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften einzureichen ist. <sup>4</sup>Die Regelung aus Satz 2 ist auf die Forschungsmodulgruppe nicht anwendbar. <sup>5</sup>Besteht die Modulprüfung aus Teilleistungen gemäß § 16 Abs. 2 Satz 3, ist nur die nicht bestandene Teilleistung zu wiederholen. <sup>6</sup>Die erste Wiederholungsprüfung ist spätestens im Folgesemester abzulegen, sofern nicht dem oder der Studierenden wegen besonderer, von ihm oder ihr nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird. § 22 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>7</sup>Die Frist wird durch Exmatrikulation oder Beurlaubung nicht unterbrochen, es sei denn, die Beurlaubung erfolgte aufgrund eines Auslandssemesters.
- (2) <sup>1</sup>Die zweite Wiederholungsprüfung ist grundsätzlich im Folgesemester der nicht bestandenen ersten Wiederholungsprüfung abzulegen. <sup>2</sup>Der Prüfer oder die Prüferin gibt die konkrete Prüfungsform mindestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt.
- (3) <sup>1</sup>Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht zulässig. <sup>2</sup>Die Wiederholung einzelner Teilleistungen ist bei Bestehen der Modulprüfung nicht zulässig.

- (4) <sup>1</sup>Bei der Wiederholung eines nicht bestandenem Seminars muss der oder die Studierende an einem neuen Seminar teilnehmen. <sup>2</sup>Die Anmeldung zur Wiederholungsprüfung muss grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses erfolgen. <sup>3</sup>Entgegen Abs. 1 Satz 5 ist bei einem Seminar die Wiederholung lediglich von Teilleistungen nicht möglich. <sup>4</sup>Ein Anspruch auf die Wiederholung eines thematisch gleichen oder ähnlichen Seminars besteht nicht. <sup>5</sup>Die Frist gemäß Satz 2 wird durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen, es sei denn, die Beurlaubung erfolgt aufgrund eines Auslandssemesters.
- (5) <sup>1</sup>Wird die Masterarbeit mit 5,0 bewertet oder gilt sie gemäß § 22 Abs. 1 als nicht bestanden, so ist vorbehaltlich § 26 Abs. 6 bei der Wiederholung ein neues Thema zu bearbeiten. <sup>2</sup>Die Anmeldung zur Wiederholung der Masterarbeit hat innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des erstmaligen Nichtbestehens zu erfolgen. <sup>3</sup>Die Frist wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen, es sei denn die Beurlaubung erfolgte aufgrund eines Auslandssemesters. <sup>4</sup>Bei Nichteinhaltung dieser Frist gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden, sofern nicht der Prüfungsausschuss dem oder der Studierenden eine Nachfrist gewährt; die Gründe für die Nachfrist sind unverzüglich nachzuweisen. <sup>5</sup>Eine zweite Wiederholung ist nicht möglich.

## **§ 25**

### **Mängel im Prüfungsverfahren**

- (1) War das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Prüflings oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem bestimmten oder von allen Prüflingen die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.
- (2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder beim Prüfer oder der Prüferin geltend gemacht werden.
- (3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

## **§ 26**

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) <sup>1</sup>Der Prüfling kann sich bis zu einer Frist von einer Woche vor Beginn der Prüfung ohne Angabe von Gründen von der Prüfung abmelden. <sup>2</sup>Die Abmeldung erfolgt durch den Prüfling über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität. <sup>3</sup>Ist eine Abmeldung über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem nicht möglich, muss innerhalb der Frist aus Satz 1 eine schriftliche Abmeldung beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften erfolgen. <sup>4</sup>Der Termin für eine spätestmögliche Abmeldung von der Seminarprüfung wird vom Prüfer oder der Prüferin vor der Anmeldung zum Seminar bekannt gegeben, verbindlich festgelegt und dem Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften schriftlich mitgeteilt. <sup>5</sup>Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Eingangs einer entsprechenden Erklärung beim Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften.
- (2) Erklärt der Prüfling nach Ablauf der Frist des Abs. 1 aus von ihm zu vertretenden Gründen den Rücktritt von der Prüfung oder versäumt er aus von ihm zu vertretenden Gründen die ganze oder einen Teil einer mehrteiligen Prüfung, so gilt die jeweilige Prüfung als abgelegt und wird mit 5,0 bewertet.
- (3) <sup>1</sup>Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe sind über das Prüfungssekretariat beim Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich anzuzeigen und nachzuweisen.

<sup>2</sup>Dasselbe gilt für eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit. <sup>3</sup>Bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der Prüfung erfolgt ist. <sup>4</sup>In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest verlangt werden. <sup>5</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die vorgebrachten Gründe als ausreichend an, tritt die Rechtsfolge des Abs. 2 nicht ein und der Prüfling kann sich zum nächsten Prüfungstermin erneut für die Prüfung anmelden.

- (4) <sup>1</sup>Versucht der Prüfling das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Überschreiten der Bearbeitungszeit oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit 5,0 bewertet. <sup>2</sup>Eine Täuschung liegt bei Klausurarbeiten bereits dann vor, wenn nach Beginn der Prüfung unerlaubte Hilfsmittel am Arbeitsplatz vorgefunden werden. <sup>3</sup>In wiederholten oder schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss entscheiden, dass dem Prüfling keine Wiederholungsmöglichkeit gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 eingeräumt wird. <sup>4</sup>Wird die Wiederholung einer erstmals abgelegten Prüfung trotz Vorliegens eines schwerwiegenden Falles nicht versagt, so errechnet sich die im Zeugnis auszuweisende Note als arithmetisches Mittel der Note 5,0 des Erstversuchs und der Note der Wiederholungsprüfung.
- (5) <sup>1</sup>Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder dem oder der jeweiligen Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung mit 5,0 bewertet. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann in schwerwiegenden Fällen entscheiden, dass dem Prüfling keine Wiederholungsmöglichkeit gemäß § 24 mehr eingeräumt wird. <sup>3</sup>Wird die Wiederholung einer erstmals abgelegten Prüfung trotz Vorliegens eines schwerwiegenden Falles nicht versagt, so errechnet sich die im Zeugnis auszuweisende Note als arithmetisches Mittel der Note 5,0 des Erstversuchs und der Note der Wiederholungsprüfung.
- (6) <sup>1</sup>Verstößt der Prüfling bei der Anfertigung einer schriftlichen Arbeit oder der Masterarbeit gegen die Pflicht, die Arbeit selbständig zu verfassen und sämtliche Hilfsmittel und Quellen kenntlich zu machen, wird die Arbeit mit 5,0 bewertet. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann in schwerwiegenden Fällen entscheiden, dass dem Prüfling keine Wiederholungsmöglichkeit gemäß § 24 mehr eingeräumt wird. <sup>3</sup>Wird die Wiederholung einer erstmals abgelegten schriftlichen Arbeit oder der Masterarbeit trotz Vorliegens eines schwerwiegenden Falles nicht versagt, so errechnet sich die im Zeugnis auszuweisende Note als arithmetisches Mittel der Note 5,0 des Erstversuchs und der Note des Wiederholungsversuchs.
- (7) Die Entscheidungen nach Abs. 2, 4, 5 und 6 sind dem Prüfling schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## § 27

### Bestehen der Masterprüfung, Gesamtnote

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die 120 LP gemäß § 15 nachgewiesen sind.
- (2) Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich als mit Leistungspunkten gewichtete Durchschnittsnote aus den Noten der Module. <sup>2</sup>Die Note der Prüfungsleistung lautet dann bei einem Durchschnitt
- |                     |   |                   |
|---------------------|---|-------------------|
| - bis 1,50          | = | sehr gut          |
| - von 1,51 bis 2,50 | = | gut               |
| - von 2,51 bis 3,50 | = | befriedigend      |
| - von 3,51 bis 4,00 | = | ausreichend       |
| - ab 4,01           | = | nicht ausreichend |

- (3) <sup>1</sup>Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
1. die Durchschnittsnote in einer Modulgruppe schlechter als 4,0 ist oder innerhalb einer Modulgruppe zwei Modulprüfungen endgültig nicht bestanden sind oder eine Modulprüfung mit der Note von 5,0 endgültig nicht bestanden ist,
  2. ein verpflichtendes Seminar endgültig nicht bestanden ist,
  3. die Masterarbeit endgültig nicht bestanden ist oder
  4. die zum Bestehen der Masterprüfung erforderlichen 120 LP wegen Fristablaufs gemäß § 22 Abs. 2 nicht mehr erbracht werden können.
- <sup>2</sup>Hierüber erteilt der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

## § 28

### Zeugnis, Masterurkunde, Diploma Supplement

- (1) <sup>1</sup>Hat der oder die Studierende die Masterprüfung bestanden, so erhält er oder sie auf Antrag ein Zeugnis, in dem der absolvierte Masterstudiengang, der akademische Grad, die Masterprüfungsgesamtnote und die abgelegten Modulgruppen mit den zugehörigen Leistungspunkten und Durchschnittsnoten (ermittelt gemäß § 8 Abs. 2 Satz 4) aufgeführt sind.
- <sup>2</sup>Es werden aufgeführt
- die Pflichtmodulgruppen gemäß § 15 (jeweils als „Pflichtbereich“ benannt),
  - die Schwerpunktmodulgruppen gemäß § 15 (jeweils als „Schwerpunkt“ benannt),
  - die Wahlmodulgruppe gemäß § 15 (als „Wahlbereich“ benannt),
  - die Forschungsmodulgruppe gemäß § 15 (als „Forschung“ benannt).
- <sup>3</sup>Das Zeugnis enthält als Datum des Bestehens der Masterprüfung das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung gemäß § 15 erbracht wurde. <sup>4</sup>Dem Zeugnis wird eine englischsprachige Übersetzung sowie ein Diploma Supplement in englischer Sprache beigelegt, welches eine Beschreibung der durch diesen Studiengang erworbenen Qualifikation enthält. <sup>5</sup>Ferner wird dem Kandidaten oder der Kandidatin mit dem Zeugnis ein Auszug seines Leistungspunktekontos als Studiennachweis ausgehändigt.
- (2) <sup>1</sup>Zusätzlich zum Zeugnis werden dem oder der Studierenden die Masterurkunde sowie eine englischsprachige Übersetzung mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. <sup>2</sup>Darin wird die Verleihung des Mastergrades gemäß § 1 Abs. 3 beurkundet. <sup>3</sup>Mit Aushändigung der Urkunde erhält der oder die Studierende die Befugnis, den akademischen Grad zu führen.
- (3) <sup>1</sup>Das Zeugnis wird von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, die Masterurkunde von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften unterzeichnet. <sup>2</sup>Beide Dokumente werden mit dem Siegel der Fakultät versehen.
- (4) <sup>1</sup>Zusätzlich zum Zeugnis wird auf Antrag eine ECTS-Einstufungstabelle ausgegeben. <sup>2</sup>Diese Tabelle gibt für jede Stufe der Prüfungsgesamtnote nach § 23 Abs. 3 an, welcher Anteil der Absolventen des Studiengangs im Vergleichszeitraum sein Studium mit dieser Note abgeschlossen hat. <sup>3</sup>Als Vergleichsgruppe werden die Abschlüsse des Studiengangs aus den vorangegangenen zwei Semestern, jedoch mindestens 30 Abschlüsse herangezogen. <sup>4</sup>Für die Zuordnung zum jeweiligen Semester ist das Datum der letzten Leistung maßgeblich. <sup>5</sup>Ist die Mindestanzahl an Abschlüssen nicht erreicht, wird die Vergleichsgruppe sukzessive um ein Semester erweitert, bis dies der Fall ist. <sup>6</sup>Für Abschlüsse vor Erreichen der Mindestanzahl von Abschlüssen wird auf Antrag im Nachgang eine ECTS-Einstufungstabelle ausgestellt, sobald am Ende eines Semesters die Mindestanzahl an Abschlüssen erreicht ist. <sup>7</sup>Hierfür wird auch das Semester in die Vergleichsgruppe einbezogen, in dem der Abschluss erworben wurde. <sup>8</sup>Die Größe der jeweiligen Vergleichsgruppe und der zu ihrer Bildung herangezogene Zeitraum sind auszuweisen.

## **§ 29**

### **Ungültigkeit von Prüfungen**

- (1) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der oder die Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat der oder die Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.
- (2) Hat der oder die Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (3) <sup>1</sup>Vor einer Entscheidung gemäß Abs. 2 ist dem oder der Betroffenen Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. <sup>2</sup>Belastende Entscheidungen sind schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) <sup>1</sup>Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Abs. 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

## **§ 30**

### **Einsicht in die Prüfungsunterlagen**

- (1) <sup>1</sup>Nach Bekanntgabe eines Prüfungsergebnisses wird dem oder der Studierenden auf Antrag einmalig Einsicht in seine oder ihre schriftlichen Klausuren gewährt. <sup>2</sup>Das Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften bestimmt, nach Absprache mit dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (2) <sup>1</sup>Der Antrag kann nur bis spätestens vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses über das Prüfungssekretariat Wirtschaftswissenschaften bei dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden. <sup>2</sup>War der oder die Studierende ohne eigenes Verschulden verhindert, diese Frist einzuhalten, gilt Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz entsprechend.
- (3) <sup>1</sup>Die Einsichtnahme in korrigierten Haus-, Seminar- und Masterarbeiten und gegebenenfalls Gutachten erfolgt bei dem Prüfer oder der Prüferin auf Antrag des oder der Studierenden. <sup>2</sup>Bezüglich der Fristen gilt Abs. 2 Satz 2 entsprechend.

## **§ 31**

### **Entzug des Grades**

Die Entziehung des Abschlussgrades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG.

### **III. Schlussvorschriften**

#### **§ 32**

#### **In-Kraft-Treten**

<sup>1</sup>Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt für alle Studierenden, die ihr Studium in den Masterstudiengängen Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik oder Immobilienwirtschaft ab dem Wintersemester 2021/2022 aufnehmen.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Regensburg vom 28. Juli 2021 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Regensburg vom 30. September 2021.

Regensburg, den 30. September 2021  
Universität Regensburg  
Der Präsident

Prof. Dr. Udo Hebel

Diese Satzung wurde am 30. September 2021 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 30. September 2021 durch Aushang in der Hochschule bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist daher der 30. September 2021.